

des Landes tausende von Frauen um das Amt einer Bürgermeisterin bewerben - ganz zum Mißfallen islamistischer Gruppen und Parteien. Radikale Muslimführer hatten im Vorfeld der Wahlen eine 'Fatwa' ausgerufen und Frauen gewarnt, sich nicht für offizielle Ämter zur Verfügung zu stellen.

Kinderprostitution

Ein Großteil der Straßenkinder in der Hauptstadt Dhaka prostituiert sich, ein Drittel aller Kinderprostituierten sind einem Bericht von Hilfsorganisationen zufolge Jungen. Die norwegische NRO 'Radda Berne' und der dänische 'Save the Children Fund' haben festgestellt, daß sich die unter 13 Jahre alten Jungen vorwiegend in Parks und an öffentlichen Plätzen aufhalten, um ihre Kundschaft - zumeist Geschäftsleute - anzutreffen. Die Klientel der 13 bis 16-jährigen Mädchen besteht hauptsächlich aus Polizisten und LKW-Fahrern.

Die entwurzelten Kinder bieten ihre Dienste für umgerechnet einen Dollar an. Armut wird in dem Bericht als Hauptursache der Prostitution ausgemacht. Da Homosexualität im muslimisch geprägten Bangladesh ein Tabuthema ist, finden die Aktivitäten am späten Abend und in der Nacht statt. Der Bericht der beiden Organisationen, der demnächst veröffentlicht wird, stützt sich bei seinen Aussagen auf die Befragung von

298 Kindern in elf verschiedenen Stadtteilen Dhakas.

'High Court' bestätigt Entlassung des Armeechefs

Der Oberste Gerichtshof Bangladeshs hat am 8. Dezember den Einspruch des früheren Oberbefehlshabers der Armee gegen seine Entlassung zurückgewiesen. Ihm wurde vorgeworfen, im Vorfeld der Wahlen von 1996 Rädelsführer eines Putschversuchs gewesen zu sein.

Generalleutnant Abusaleh Mohammad Nasim war 1996 entlassen worden, nachdem der Coup gegen die damalige Interimsregierung ohne Blutvergießen beendet werden konnte und die Ordnung innerhalb der rebellierenden Einheiten in den nördlichen Regionen Bogra und Mymensingh wiederhergestellt wurde.

General Nasim, ein Held des Unabhängigkeitskrieges, wurde für schuldig befunden, die Revolte angeführt zu haben, die durch von der Regierung beschlossene Beförderungen und Umbesetzungen leitender Positionen in der Armee ausgelöst wurde. Obwohl er bestritt, die meuternden Einheiten angeführt zu haben, entließ ihn die damalige Regierung zunächst und wandelte die Entscheidung später in eine Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand um. Die mit zwei Richtern besetzte Kammer bestätigte diese Entscheidung und verwarf

Nasims Einspruch.

Laut Presseberichten kam es in jüngster Zeit zu einigen Veränderungen in den oberen Rängen der Armee: der bisherige Stabschef, Generalmajor Mohammad Anwar, wurde in eine Einheit im Norden versetzt. Ein anderer altgedienter Generalmajor, Subit Ali Bhuiyan, wurde aufgrund finanzieller Unregelmäßigkeiten pensioniert.

Die Dienstzeit des amtierenden Obersten Befehlshabers der Armee, Generalleutnant Mahbubur Rahman, endet zum 24. Dezember, seine Nachfolge ist noch offen. Seit der Unabhängigkeit hat die Armee über 16 Jahre entweder direkt oder durch von ihr gestützte Regierungen den Staat regiert.

Flut-Frühwarnsystem gefordert

Teilnehmer eines Seminars in Dhaka von Anfang Dezember, zur verbesserten Vorhersage bei Überschwemmungen, riefen zu gemeinsamen südasiatischen Anstrengungen auf, um ein effektives Frühwarnsystem für steigenden Fluten einzurichten. Nachbarstaaten sollten Daten zu Pegelständen und Niederschlagsentwicklung austauschen. Betont wurde die Wichtigkeit von Satellitenaufnahmen, Datenerfassung und das schnelle Weiterleiten relevanter Informationen innerhalb der Region.

Friedensvertrag weckt Hoffnungen

von Ahmed Fazl

Die Regierung von Bangladesh und die Stammesrebellengruppen der 'Shanti Bahini' unterzeichneten am 2. Dezember einen Friedensvertrag. Von beiden Seiten wird dieser Vertrag als Meilenstein bei der Beendigung des seit mehr als zwei Jahrzehnten andauernden blutigen Kampfes der angestammten Bewohner des Gebietes der Chittagong-Berge im Südosten des Landes bezeichnet. Regierungsvertreter und Führer der 'Shanti Bahini' unterzeichneten den Vertrag in Dhaka, nachdem anderthalb Jahre hinter verschlossenen Türen komplizierte Verhandlungen stattgefunden hatten.

Premierministerin Sheikh Hasina erklärte, daß die Vereinbarung, die den Weg zu einem andauernden Frieden in der von Auseinandersetzungen geschüttelten Region öffnen und die wirtschaftliche Entwicklung in diesem relativ wenig bevölkerten Gebiet voranbringen soll, einen Konflikt mit der 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP), der wichtigsten Oppositionspartei, heraufbeschwört.

"Es ist ein totaler Ausverkauf", tönte dann auch eine Überschrift in der Tageszeitung 'Dinkal', dem Sprachrohr der BNP. Die größte islamistische Partei, die 'Jamaat-i-Islami', warnte davor, daß eine Umsetzung des Vertrages zu einer Zerstückelung des Landes und letztlich einer 'Loslösung der Region' führen würde.

Die Führer der regierenden 'Awami League' und regierungstreue Beobachter haben versucht, diese Befürchtungen zu beschwichtigen. Sie erklärten dazu, daß eine solche Situation nicht eintreten werde, da der Vertrag im Rahmen der nicht-föderalen Verfassung ausgearbeitet worden sei. "Die Opposition versucht nur, die öffentliche Meinung irrezuführen und behindert die seltene Chance zur Errichtung eines andauernden Friedens in den Bergen", sagte Frau Hasina bei einem Gespräch mit Journalisten.

Die Vereinbarungen im Vertrag, die für die Regierung von einer Gruppe von Parlamentsabgeordneten unter der Lei-

tung von Abul Hasnat Abdullah ausgehandelt worden waren, sehen einen 'Autonomen Regionalrat' mit 22 Mitgliedern vor, der die drei Bergdistrikte Rangamati, Khagrachari und Bandarban verwalten soll. Auf der Seite der Stämme nahmen bekannte Persönlichkeiten des 'Parbatta Chattagram Jana Sanghati Samity' (PCJSS) unter Jyotindra Bodhipriya Larma an den Gesprächen teil. Die PCJSS wird als der politische Arm der 'Shanti Bahini' betrachtet, die die Kampagne für die 500.000 Stammesangehörigen in der Bergregion durchgeführt hat. "Wir werden ein neues Leben in den Bergen beginnen", sagte Larma, ein langjähriger Kommandeur der Guerilla nach der Vertragsunterzeichnung.

Der Regionalrat wird von einem gewählten Stammesführer geleitet. Zwei Drittel seiner Mitglieder sollen aus den zwölf Stämmen kommen, einschließlich der dominierenden Chakmas. Das restliche Drittel der Sitze in dem Rat wird

von den bengalisch-muslimischen Siedlern besetzt werden, die aus dem Flachland Bangladeshs in die Chittagong-Berge eingewandert sind.

Khaleda Zia, Oppositionsführerin und Vorsitzende der BNP, hat erklärt, daß die den Berggebieten zugesicherte Autonomie den von der Verfassung gesetzten Rahmen überschritten habe. "Es ist sehr wahrscheinlich, daß die weitreichende Autonomie die Stämme befähigen wird, sich der Kontrolle der Regierung in Dhaka zu entziehen", sagte Frau Zia, die in der BNP-Regierung von 1991 bis März 1996 Premierministerin war, bevor sie durch politische Unruhen zum Rücktritt gezwungen wurde.

Die islamistischen und ultranationalistischen Gruppen sind ebenfalls beunruhigt darüber, daß der Vertrag der Minderheit der buddhistischen Stämme zu viel Selbstverwaltung gegeben habe, während die legitimen Rechte der muslimischen Siedler mit Füßen getreten worden seien. Frau Zia sagte dazu: "Die Muslime in den Berggebieten sind zu Bürgern zweiter Klasse gemacht worden!" Sie rief zu einem landesweiten Generalstreik als Protest gegen den Friedensvertrag auf (siehe dazu auch den Meldungsteil).

Der immer wieder aufflackernde Dschungel-Krieg in dem 14.000 Quadratkilometer großen Gebirgsterrain, das im Osten an die indischen Bundesstaaten Tripura und Meghalaya sowie die Arakan Provinz von Burma grenzt, hat über 10.000 Menschen, zumeist Zivilisten, das Leben gekostet. Tausende Stammesfamilien flohen über die Grenze, um den Kämpfen zu entkommen, an denen schätzungsweise 20.000 reguläre Soldaten, paramilitärische Grenztruppen und bewaffnete Polizei beteiligt waren.

Der Friedensvertrag sieht vor, daß die 'Shanti Bahini'-Rebellen ihre Waffen

unter einer Generalamnestie innerhalb von 45 Tagen abgeben und zu einem normalen Leben zurückkehren. Dafür erhalten sie finanzielle Unterstützung von seiten der Regierung in Höhe von 50.000 Taka (ca. 1.700 DM). Die Regierung hat sich ihrerseits bereit erklärt, die mit Armee und paramilitärischen Kräften besetzten Sicherheitsposten zurückzuziehen. Es sollen jedoch keine eingewanderten Siedler aus den Bergen vertrieben werden.

Die Oppositionsparteien warnen die Regierung vor dem Abzug der gesamten Armeetruppen aus dem Unruhegebiet, da sie fürchten, daß die aufgelösten 'Shanti Bahini' dadurch zu erneuten secessionistischen Aktivitäten ermuntert werden könnten.

Die Kämpfe in den Bergen begannen 1976, als der damalige Militärherrscher General Zia-ur Rahman die Ansiedlung von muslimischen Bengali-Familien aus dem dicht besiedelten Tiefland in die vergleichsweise dünn besiedelte Region angeordnet hatte. Das damalige Militärregime beabsichtigte offensichtlich, die Forderungen der Stämme nach Autonomie dadurch niederzuschlagen, daß diese zu einer Minderheit in ihrem traditionellen Lebensraum gemacht werden sollten. General Zia-ur Rahman entsandte außerdem erstmals eine große Zahl von Armeekräften in die Region, um den sich regenden Widerstand im Keim zu ersticken.

Die Stämme fühlten sich von den Siedlern zu einer Minderheit gemacht, und unter ihnen wuchsen Befürchtungen, ihre eigene Kultur würde von der bengalisch-muslimischen "Invasion" ausgelöscht. Die früheren Regime in Bangladesh hatten ihren nächsten Nachbarn Indien beschuldigt, den 'Shanti Bahini'-Rebellen Asyl zu gewähren; eine Anschuldigung, die von der Regierung in

Indien stets zurückgewiesen wurde.

Der Friedensvertrag beinhaltet Bestimmungen über die Erarbeitung von Gesetzen, die den Verkauf von Stammesland an Nicht-Stammesmitglieder ohne Zustimmung des Regionalrates verbietet. Eine speziell eingesetzte Justizkommission wird ernannt, um bei Streitigkeiten über den Besitz von Stammesland zu entscheiden - ein ärgerliches juristisches Problem in den Bergen.

Die BNP und die anderen islamistischen Gruppen treten gegen Sonderrechte der Stämme bezüglich des Bodens ein und kritisieren die bedingungslose Amnestie für die Rebellen. "Die Regierung belohnt in der Tat die Rebellen, die gegen das Land gekämpft und das Blut der Bengalis an ihren Händen haben", sagte Frau Zia, die Witwe des früheren Militärherrschers General Zia.

Die oppositionellen Gruppen behaupten, daß Indien aus strategischen Gründen einen Langzeitplan für die südöstlichen Chittagong Berge verfolge und eines Tages das Gebiet mit Hilfe der Stämme kontrollieren werde. Der Friedensvertrag könne als Sprungbrett für das angestrebte "Expansionstreben" Indiens dienen.

Frau Hasina erklärte, ihre Regierung habe Schritte zur Umsetzung des Vertrages eingeleitet, ungeachtet der Proteste von seiten der BNP und anderer Parteien und Gruppierungen. Als ersten Schritt zur Realisierung der Vertragsbestimmungen wird die Regierung ein separates Ministerium für Stammesangehörige schaffen, das von einem gewählten Stammesführer geleitet wird.

Die oppositionellen Gruppen haben geplant, die öffentliche Meinung zu mobilisieren, indem sie den Vertrag gegenüber den dominierenden Muslimen als "anti-national" darstellen. Beobachter

befürchten jedoch, daß eine derartige politische Kampagne schnell zu kommunalistischen Spannungen zwischen den Religionsgruppen führen könnte. Bangladesh hat 120 Millionen Einwohner, davon gehören etwa zwölf Prozent den Minderheiten der Hindus, Buddhisten und Christen an. "Es ist ein Unglück, daß jetzt, da der Frieden in den Bergen so nah ist, einige politische Gruppen sich dem entgegenstellen", sagte Frau Hasina. "Trotz allem wachsen die Hoffnungen auf ein Ende des Kapitels des Blutvergießens und der Unsicherheiten in den Bergen", hieß es in einem redaktionellen Beitrag in der aufgabenstarken Tageszeitung 'Ittefaq'.



Chakma-Flüchtlinge im indischen Exil (Foto: 'India Today')